

FICHE AMENDEMENT

Proposition d'amendement à l'Article: 20 (Teil II)

Déposée par Monsieur: Joachim Wuermeling

Qualité: Alternate

| <i>Texte du Praesidium</i> | <i>Amendement proposé</i> |
|---|--|
| (1) Im Kampf gegen die schwere Kriminalität mit grenzüberschreitenden Bezügen sowie die illegalen Aktivitäten zum Nachteil der Interessen der Union kann der Rat einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments ein europäisches Gesetz zur Einsetzung einer Europäischen Staatsanwaltschaft bei Eurojust erlassen. Die Europäische Staatsanwaltschaft ist zuständig für Fahndung, strafrechtliche Verfolgung und Anklageerhebung in Bezug auf Personen, die als Täter oder Mittäter schwere Straftaten begangen haben, wenn letztere mehrere Mitgliedstaaten betreffen, oder Personen, die als Täter oder Mittäter Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union begangen haben, wie sie in dem Gesetz nach Absatz 2 aufgeführt sind. Die Europäische Staatsanwaltschaft ist zuständig für die Erhebung der öffentlichen Anklage | (1) Im Kampf gegen die schwere Kriminalität mit grenzüberschreitenden Bezügen sowie die illegalen Aktivitäten zum Nachteil der Interessen der Union kann der Rat einstimmig nach Zustimmung des Europäischen Parlaments ein europäisches Gesetz zur Einsetzung einer Europäischen Staatsanwaltschaft bei Eurojust erlassen. Die Europäische Staatsanwaltschaft ist zuständig für Fahndung, strafrechtliche Verfolgung und Anklageerhebung in Bezug auf Personen, die als Täter oder Mittäter schwere Straftaten begangen haben, wenn letztere mehrere Mitgliedstaaten betreffen, oder Personen, die als Täter oder Teilnehmer Mittäter Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Union oder die Sicherheit der |

| | |
|--|---|
| <p>vor den zuständigen Gerichten der Mitgliedstaaten wegen dieser Straftaten.</p> <p>(2) Das in Absatz 1 genannte Gesetz legt die Satzung der Europäischen Staatsanwaltschaft, die Modalitäten für die Erfüllung ihrer Aufgaben, die für ihre Tätigkeit geltenden Vorschriften sowie Regeln für die Zulässigkeit von Beweismitteln und für die gerichtliche Kontrolle der von der Europäischen Staatsanwaltschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben durchgeführten Verfahrenshandlungen fest.</p> | <p>gemeinsamen Währung</p> <p>begangen haben, wie sie in dem Gesetz nach Absatz 3 2 aufgeführt sind. Die Europäische Staatsanwaltschaft ist zuständig für die Erhebung der öffentlichen Anklage vor den zuständigen Gerichten der Mitgliedstaaten wegen dieser Straftaten.</p> <p>(2) Der Europäischen Staatsanwaltschaft obliegt die justizielle Aufsicht über Europol, soweit dieses durch sein Tätigwerden in die Rechte Dritter eingreift und keine Sachleitungsbefugnis einer Justizbehörde eines Mitgliedsstaates besteht.</p> <p>(3) Das in Absatz 1 genannte Gesetz legt die Satzung der Europäischen Staatsanwaltschaft, die Modalitäten für die Erfüllung ihrer Aufgaben, die für ihre Tätigkeit geltenden Vorschriften sowie Regeln für die Zulässigkeit von Beweismitteln und für die gerichtliche Kontrolle der von der Europäischen Staatsanwaltschaft zur Erfüllung ihrer Aufgaben durchgeführten Verfahrenshandlungen fest.</p> |
|--|---|

Begründung:

Eine Zuständigkeit einer Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) für jegliche schwere Kriminalität mit grenzüberschreitenden Bezügen (Absatz 1) geht prinzipiell viel zu weit und ist darüber hinaus nicht sachgerecht. Demzufolge wäre der EUSTa beispielsweise bei einer Brandserie im Grenzgebiet zweier Mitgliedstaaten zuständig. Für eine derartige Kompetenzausdehnung besteht kein Bedürfnis. Aufgrund der vielfältigen offenen Fragen erscheint es im übrigen (zunächst) ausreichend, die Option auf den Schutz der finanziellen Interessen zu beschränken. Nach den deutschen Erfahrungen führt Zentralisierung nicht per se zu mehr Effizienz. Ergänzt werden sollte lediglich eine Zuständigkeit der EUSTa bei Straftaten gegen die Sicherheit der gemeinsamen Währung, um insbesondere Zuständigkeitslücken bei Taten, die in Nicht-EU-Staaten begangen werden, zu vermeiden.

Die justizielle Aufsicht durch eine Europäische Staatsanwaltschaft (Absatz 2) kommt nur insoweit in Betracht, als eine Rechtsaufsichtslücke bestünde, die von den zuständigen Justizbehörden der MS nicht abgedeckt werden kann. Andernfalls entsteht eine Doppelzuständigkeit ohne klare Kompetenzabgrenzung, die in der Sache abträglich wirkt.